

Herrn Vorsitzenden
Klaus Ernst, MdB
Deutscher Bundestag
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Platz der Republik 1
11011 Berlin

E-Mail: wirtschaftsausschuss@bundestag.de

Schriftliche Stellungnahme der Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V. (WiL) zu der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages am 16. Okt. 2019 zum Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen

Sehr geehrter Herr Ernst,

die WiL ist eine regionale Vereinigung von Unternehmen, Selbständigen und Körperschaften der Lausitz in Sachsen und Brandenburg und steht für über 12.000 Arbeitsplätze.

Mitglieder sind Firmen, die direkt oder mittelbar Stromerzeugung betreiben, aber genauso auch große, mittlere und kleine Firmen, die auf eine umweltfreundliche, aber auch sichere und kostengünstige Stromversorgung angewiesen sind.

1. Strukturstärkung unabhängig vom Kohleausstiegsgesetz vorantreiben

Dass die Strompreise in Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen sehr hoch sind, ist bekannt. Bei der sicheren Stromversorgung geht es darum, dass die Versorgung von privaten Kunden, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen unterbrechungsfrei und stabil erfolgt. Schwankungen, die bei einem privaten Haushalt maximal zum Absturz des PCs führen, können bei Produktions- und Logistikprozessen, sowie in der Gesundheitsversorgung zu stundenlangen Ausfällen führen und das mit gravierenden finanziellen Schäden und menschlichen Risiken. Beispiele aus der Praxis können gern mündlich erläutert werden. Aus Sicht der Wirtschaft ist der Kompromiss der Kommission für Wachstum, Strukturentwicklung und Beschäftigung (KWSB) vor allem eine sichere und stabile Versorgung zu wahren. Die in den KWSB-Empfehlungen genannten Checkpoints in den Jahren 2023, 2026, 2029 und 2032 müssen dabei Ausgangspunkte eines konsequenten Monitorings der Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit sein, erforderlichenfalls ist der Ausstiegspfad zu korrigieren. Unabhängig davon duldet die Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes keinen weiteren Verzug. Wir nehmen die Bundesregierung beim Wort: Erst neue Industriearbeitsplätze, dann Abschalten von

Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.

Büro Brandenburg

Altmarkt 17
03046 Cottbus
Tel. +49 3 55 - 28 91 30 90
Fax +49 3 55 - 28 91 30 99

Büro Sachsen

Straße des Friedens 13-19
02943 Weißwasser
Tel. +49 3 55 - 28 91 30 90
Fax +49 3 55 - 28 91 30 99

info@wil-ev.de
www.wil-ev.de

Vorstand

Dr. Markus Binder (Vorsitzender)
Jürgen Fuchs (Stellv. Vorsitzender)
Bernd H. Williams-Boock (Stellv. Vorsitzender)
Dieter Maier-Peveling (Schatzmeister)
Katrín Bartsch
Torsten Berge
Knut Deutscher
Michael Stein

Geschäftsführer

Klaus Aha
Michael Schulz

Sparkasse Spree-Neiße
IBAN: DE15 1805 0000 3000 0529 24
BIC: WELADED1CBN

Vereinsregister Cottbus 4751
Amtsgericht Cottbus
St.-Nr.: 056/142/07908

Kraftwerken, das übrigens mit der Überführung des zweiten Blockes in Jänschwalde in die sogenannte Sicherheitsbereitschaft in der Lausitz längst in vollem Gange ist.

2. Investitionsanreize schaffen

Die energie- und klimapolitischen Entscheidungen führen zu einem beachtlichen Verlust von mehreren 10.000 industriell geprägten Arbeitsplätzen in den betroffenen Regionen. Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, ist daher die zentrale regionalpolitische Aufgabe insbesondere für die Lausitz. Wir begrüßen die Initiativen von Bund und Ländern zur Schaffung von öffentlichen Arbeitsplätzen. Notwendig sind aber auch privatwirtschaftliche Investitionen, die im direkten Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten wie Polen und Tschechien eine große Herausforderung sind.

Die ursprünglich im Gesetz vorgesehene Möglichkeit von Sonderabschreibungen sollte in jedem Fall wieder aufgenommen werden.

Ein weiterer Punkt ist die Förderung von Unternehmensübernahmen und Neugründungen im mittelständischen und insbesondere handwerklichen Bereich. Wichtig wären auch Initiativen zur Förderung von Start-Ups im Umfeld von Hochschulen mit Fonds der Förderbanken des Bundes (KfW) und der Länder.

3. Bevölkerungsentwicklung stabilisieren

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung in der Lausitz. Hier drohen sich zwei Entwicklungen zu überlagern, der demographisch bedingte Bevölkerungsrückgang auf Grund der großen Abwanderung von jungen Menschen in den 90-iger Jahren und der erneute drohende Bevölkerungsverlust durch den Kohleausstieg in der Region. Dem aktuell drohenden Verlust an jungen Menschen kann man durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die verkehrliche Erschließung von Arbeitsplätzen in den Zentren Dresden und Berlin begegnen.

Der im Gesetz vorgesehene Ausbau der Eisenbahnverbindungen zwischen Görlitz und Zittau nach Dresden und von Cottbus nach Berlin ist ein wichtiger Schritt, um Wohnstandorte mit Arbeitsplatzangeboten zu verknüpfen. Dies ist auch eine wichtige Option vor allem für junge Familien mit Kindern aus dem Großraum Berlin, sich in kostengünstigen und familienfreundlichen Lebensräumen anzusiedeln und zugleich dem demographischen Bevölkerungsrückgang entgegen zu wirken.

Entscheidend ist eine zügige Umsetzung der Eisenbahninvestitionen. Hier erwarten wir von der Politik, dass sie den betreffenden Projekten der Deutschen Bahn die nötige Bedeutung beimisst und diese nicht wegen der zentralen Investitionen z. B. der Anbindung nach Österreich oder der Schweiz hintenangestellt werden. Denn nur eine zeitnahe Umsetzung wird auch die gewünschten Erfolge ermöglichen.

Aus Sicht der Wirtschaftsinitiative Lausitz sind dies die drei wichtigsten Gesichtspunkte, die bei den weiteren Entscheidungen zu diesem und weiteren Gesetzen beachtet werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Markus Binder
Vorsitzender



Klaus Aha
Geschäftsführer